



anderer Leute verfügen wollen." Also der brutale Steuer-  
prozentanstieg! Im Kachener Stadterordneten-Kolle-  
gium hat das Zentrum die Steuerdrittel-Mehrheit; trotzdem  
ist dort seiner Zeit der Antrag des christlichen  
Gewerkschafts-Komitees auf Ermäßigung des Wab-  
zensus mit erheblicher Majorität abge-  
lehnt worden. Er wurde von einem großen Teil der  
Zentrumsfraktion gemeinsam mit den Nationalliberalen der  
ersten Abteilung niedergestimmt. Hieraus bezieht sich die  
folgende Stelle des Flugblatts: Obgleich ihr (der ultra-  
montanen Wahlvereinigung „Constantia“) bei den Stadt-  
verordneten-Wahlen vor 1/2 Jahren deutlich genug zu ver-  
sehen gegeben wurde, daß die zweite Klasse der Kachener  
Wahlerschaft die Herabsetzung des Zensus  
nicht billigt, hat sie neuerdings wieder die Zensus-  
frage in ihr Programm aufgenommen und macht jetzt da-  
mit den Anfang, Arbeiterkandidaturen für die dritte Klasse  
aufzustellen."

Weiter heißt es: „Was der Bürger aber mit Recht fordern  
kann, ist, daß er in dem Maße Einfluß auf die Erhebung  
und Verwendung der städtischen Steuern behält, als er zu  
ihrer Leistung verpflichtet ist. Also Schutz des Bürger-  
tums vor der beginnenden Entrechtung!"

Die Unterdrücker und Ausbeuter klagen über Entrech-  
tung! Im übrigen aber sind diejenigen, die hier der  
ultramontanen Parteileitung Opposition machen, die ehe-  
maligen Zentrumsleute. Wie sie reden, so denken die an-  
deren. Der Widerwille gegen Arbeiterkandidaturen und  
gegen die Arbeiterbewegung ist bei ihnen genau so stark,  
wie bei diesen. Auch die „sozialpolitische“ Richtung des  
Zentrums würde den katholischen Arbeitern nicht die Spitze  
des kleinen Kinnars reichen, wenn nicht die Not und das  
Andringen der Sozialdemokratie sie zwänge. Warum stellt  
das Zentrum erst jetzt, nach Jahrzehnten, Arbeiterkandi-  
daturen auf? Doch auch dieser neueste Demagogentrick kann  
den Zusammenbruch des Schindelsgebüdes der zentrum-  
lichen Arbeiterpolitik nicht aufhalten!

**Wagdan der Große.** Von seinen Parteifreunden  
wie von vielen seinen Berufskollegen wird Wagdans Auf-  
treten gleich scharf mißbilligt. Unbedingte Anerkennung  
innerhalb und außerhalb des Parlaments. „Stürmischer  
Redner“, „Jubilationsrede“ und in der „Mitte“ —  
verzeichnet der Parlamentsbericht in einem fort. Und die  
konservativ-agrarische Presse ist der Anerkennung dieses Frei-  
sinners voll. So sagt das Organ Knuten-Verfels:

Nach einer recht interessanten Rede bekam das hohe  
Haus gestern zu hören, nämlich aus dem Munde des frei-  
sinnigen Volksparteilers Dr. Wagdan. Die Rede war deshalb  
so interessant, weil man es nicht anders sagen kann, als  
freisinnigem Munde mit solcher Schärfe selten  
zu hören bekommt, dann fürchten wir, daß er nicht gar  
lange mehr Mitglied dieser in grundtätiger Regierungsbefähigung  
verfeinerten Fraktion bleiben wird. So schneidig hat sich wohl  
noch kein „freisinniger“ Mann gegen die Sozialdemokratie  
ausgesprochen, wie gestern Herr Wagdan. Das wollen wir in-  
dessen noch so bingehen lassen. Daß aber ein „freisinniger“  
die Maßnahmen der vorläufigen Regierung am „roten Son-  
ntag“ zur Verhinderung von Straßenunruhen unan-  
nehmlich billigte, das dürfte dem Redner den Hals  
brechen. Herr Wagdan, der ganz, wurde leichenblau. Seine  
Worte heilten: „Herr Wagdan, Euer Bläschen!“ Aber auch  
sonst erhielt die Wagdan'sche Rede manches, was ihr bleibenden  
Wert schaffen wird.

Der liberale „Hamburger Korresp.“ allerdings ist von  
dem seltsamen Parteigenossen wenig erbaut. Er liest ihm  
wie folgt den Text:

Den Glanz der heutigen Sitzung bildet die Rede des Herrn  
Dr. Wagdan. Dieser Parlamentarier ist immer interessant, weil  
er, wie wir uns heute erst wieder im „kleinen  
Rüschner“ vergewissert haben, der freisinnigen Volks-  
partei angehört und dabei redet wie ein Freund des Herrn  
v. Kardorff. Von seiner zweideutigen, halbherzigen Ausrede war  
der weitaus größte Teil der oratorischen Vermischung der Sozial-  
demokratie sprachlos.

Wir wissen nicht, ob die hohen Leute recht haben, die dem  
Abgeordneten für Gehör den Wunsch nachsagen, dem Vaterlande  
in einem Ministerium zu dienen. — Es der Fall, so  
sollte sich nicht bloß diese Kraft nicht entgegen lassen. Sie  
würde ihm mit seiner Abneigung und noch mehr mit seiner wohl-  
geordneten Sammlung sozialdemokratischer  
Freisinnigen in der Reichstagsfraktion gegenebel und Genossin-  
schei werbliche Unterredungen leisten können: Allerdings etwas mehr  
Geist wird Herr Wagdan doch noch präzisieren müssen, denn so  
nahe wie er spekuliert man auch dem Regierungsa-  
ktive aus nicht auf die Sachmuskeln der Reden.  
Und wenn schon einmal die Gelegenheit vorhanden ist, dann muß  
sie auch gründlich ausgenutzt werden. Und Herr Wagdan, und er  
schreit, was eigentlich recht wenig Anlaß vor-  
handen ist, die radikale Revolution und die Stellung, die die  
Sozialdemokratie auf dieser Bewegung eingenommen hat. Das  
hängt nur lose zusammen mit dem Report des Grafen Bala-  
dowski, aber es könnte doch nach mancher Richtung hin  
empfehlen, ebenso wie es auf die, die nachhaltige  
Wirksamkeit einer erst im späteren Mannesalter ver-  
sammelten Partei durch Beschwerden über die Unbilligkeit  
weiblichem Geschlecht durch die sozialdemokratische Presse  
zu beweisen."

Nur wenige Freisinnblätter, darunter natürlich das  
Blatt, das von Eugen Richter begründet ist und durch  
Müller-Sagan und Kersch sich auf den Uebertritt zur  
Kardorff-Partei vorbereiten läßt, wagen es das Auftreten des  
gefaulsten Sozialisten noch freisinnig zu finden. Die  
„Fr. D. Pr.“ schreibt:

„Redner charakterisierte ich hier das Gebaren der Sozial-  
demokratie, insbesondere eines Stadtbürgers, gegenüber politischen  
Gegnern. Der besondere Haß, mit dem die von Bebel und Stab-  
hagen des Abg. Dr. Wagdan verfolgen, äußerte sich auch heute  
wieder in allerhand Freisinnblättern. Nachdem Dr. Wagdan dann  
noch den Handwergler sich zugewandt und die bekannten Re-  
zitate aus der Abrede der „Mittelständler“ in ihrer Ver-  
sicherung bekräftigt hatte, ergab er im letzten Abschnitt seiner Rede  
über zu einer scharfen Kritik des Treibens der Sozialdemokratie  
auf rein politischem Gebiet. Er zeigte unter lebhaftem  
Beifall des Hauses, wie die Generalstaaten politisch für  
Zwecke der Sozialdemokratie ausgenutzt werden sollen, und wie  
neuerdings sozialdemokratischer Geist mit dem Feuer der Revolution  
unter Verherrlichung der russischen Revolution geistigt wird. Kraft-  
stellen aus dem „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“  
blinden zur Illustration, und die Dörbe fielen kopflos wieder auf  
die „Genossen“, die da behaupteten, die Arbeiterkandidaten ge-  
wählet zu haben."

Wir wärmen die Wirkung dieses Lobes von freisinniger  
Seite abzumachen, wollten wir noch ein Wort weiter dazu

sagen. Vielleicht behält der „Hamb. Korresp.“ Recht und  
Wagdan wird mal ins Ministerium berufen zur Ausarbeitung  
eines Gesetzes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er  
würde der beste Mann dazu.

**Das Heiligste und Scherste Knuten-Verfels.**  
Bei der Beratung des vom Zentrum ausgehenden sogenannten  
Toleranzantrags im Plenum des Reichstages gestellte der  
Abgeordnete Genosse Hoffmann die auf allen Gebieten  
des kirchlichen Lebens herrschende Intoleranz in markiger  
Rede und führte u. a. aus:

„Der Heiland, auf den Sie sich immer so gern berufen, ist  
ganz in dem Hintergrund geblieben. Sie sind intolerant gegen die  
Andersgläubigen, intolerant gegen die eigenen Religionsangehörigen,  
wenn sie ihnen in den Weg treten. Sie haben am allerwenigsten  
Ursache, sich auf den Heiland zu berufen.  
Er predigte Liebe und Freiheit und Gleichheit mit erstem  
Mund.

Sie haben ihn drum gekrenzt, er war ihnen gar zu bunt-  
So krenzt man noch jeden, der von Freiheit und Gleichheit  
spricht.  
Das konnten sie niemals verkagen, verkagen's noch immer  
nicht."

Darüber spielt das Druberorgan des Knuten-Verfels, das  
vor Freude über die Wahlrechtschmach von Hamburg  
garnicht zu lassen weiß, den Geschwollenen, macht in gut ge-  
spielter Entrüstung und ruft patetisch aus: „Der  
Reichstag darf es nicht dulden, daß das, was  
aus das Heiligste und Scherste ist, von roher  
Hand in den Staub gezerri werde."

Wer lacht da? Diese agrarischen Schnapphähne spielen  
sich auf die Hüter heiligster Güter aus. Und dabei hat doch  
Hoffmann gar nicht von Wuchergällen oder Grenzsperrern ge-  
redet. Und etwas heiligeres gibt's doch für die Agrarier  
garnicht.

**Der sozialdemokratische Präsident.** In der  
badischen Kammer fungiert bekanntlich als Vizepräsident ein  
Sozialdemokrat, der Genosse G e f. In einer Versammlung  
des Nationalliberalen Vereins in Mannheim fällt der  
nationalliberale Abgeordnete Mayer über dessen  
Tätigkeit folgendes Urteil:

„Von der Tätigkeit G e f s als Präsident der Zweiten Kammer  
hat man den günstigsten Eindruck gewonnen. Er hat in  
unvergleichlicher Weise presidiert. Es ist nicht allen  
leicht gewesen, bei der Präsidentenwahl den Namen G e f  
zu schreiben, und es ist allen recht eigentümlich zu Mut ge-  
wesen, daß man unter dem Sozialdemokraten G e f als Präsidenten  
tagen sollte, aber ich kann versichern, daß die Sache sehr gut  
verlaufen ist, und ich kann weiter versichern, daß man, wenn man  
mit den Sozialdemokraten als gleichberechtigt verkehrt und sie als  
Volkvertreter anreht, mit ihnen viel besser auskommt, als wenn  
man in ihnen etwas sieht, vor dem man Abscheu haben muß."

Wir bilden uns auf dieses Urteil — bemerkt dazu sehr  
richtig die Mannheimer „Volkstimme" — gewiß nichts ein;  
es ist aber ein Beweis dafür, wie aufrichtig es auch badische  
Nationalliberale meinen, wenn sie bei den Wahlen den  
sozialistischen Gegner als ein morbrennendes Gespenst hin-  
stellen, vor dem sich die Spießer nur dadurch schützen können,  
daß sie am Wahltag Mann für Mann zur Urne eilen, um  
für die Nationalliberalen zu stimmen. Es stellt der politischen  
Reife des Herrn Emil Mayer nicht gerade ein günstiges  
Zeugnis aus, wenn er selbst zugibt, zu der eben geäußerten  
Erkenntnis erst jetzt gekommen zu sein, wo er ein paar  
Wochen im Landtag sitzt. Immerhin ist es für einen  
Liberalen alles, was man von ihm verlangen kann, wenn er  
auch die sozialistischen Abgeordneten als Volkvertreter ansieht  
und mit ihnen „als gleichberechtigt" verkehrt! Wie seltsam  
muß sich in diesen Köpfen sonst die politische Welt malen.

**Abermals tragische Notiz!** Den Lesern ist noch der  
Fall in Erinnerung, wo das Schwurgericht in Altona einige  
Wähllinge freisprach, in der Folge aber einige sozialdemokratische  
Redakteure zu schweren Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt  
wurden. Jetzt ist Kritik an dem freisprechenden Urteil geübt  
worden. Ein ähnlicher Fall, wo ebenfalls zwei Wähllinge ihre  
Freisprechung erzielten, hat sich jetzt vor dem dort in der  
Schwurgericht zugetragen. Angeklagt sind ein Berg-  
bauarbeiter und ein Steiger, sich unter An-  
wendung von Gewalt gegen ein 15-jähriges  
Dienstmädchen! Mittig vergangen zu haben und zwar  
jeder der beiden in einem besondern Falle. Die beiden Ange-  
klagten logierten im selben Hause, in dem das Mädchen in  
Diensten stand. Nachmittags haben die beiden ziemlich geschick-  
t, Nachts hat sie dann gelockt in das Zimmer des Mädchens  
eingedrungen, der eine durch die Tür, der andere durch Fenster.  
Das Mädchen, das jetzt 16 Jahre alt ist, befindet unter  
Eid, daß die beiden Gewalt angewendet haben.  
Ihren Zweck hätten sie freilich nicht erreicht, weil es sich ener-  
gisch gewehrt und Alarm geschlagen habe. Andere Zeugen be-  
stätigen die Aussagen der Angeklagten ebenfalls sehr. Ein medizinischer  
Zeugenshändler hält die Aussagen des Mädchens für durchaus  
glaubhaft, aber auch die beiden Angeklagten haben sich selbst  
verpflichtet gemacht, weil sie nach der Tat ins Ausland wollten.  
Auch andere Zeugen gegenüber haben sie  
sich als schuldig bekannt und erklärt, daß  
sie auf mehrere Monate Gefängnis re-  
chneten. Der Gericht soll sie freilich nicht eingehen, daß sie  
Gewalt angewendet haben. Der Staatsanwalt hält die  
Schuld der beiden für voll und ganz erwiesen, plädierte aber auf  
Zubilligung milderer Urteile. Die Angeklagten hatten sich  
den ultramontanen Rechtsanwalt Düff-Dortmund zum  
Verteidiger gestellt. Das dicke Herr hat leinere, dürfte eben nur  
ein Ultramontaner leisten können. Daß er die Schuld der An-  
geklagten für nicht erwiesen hielt, mag noch hingehen. Aber er  
machte einen ungläubigen Angriff auf das arme, gemiß-  
handelte Mädchen, dem er die uneheliche Geburt  
verworf. Der Herr sprach dann noch von erblicher Ver-  
erbung und großer fleischlicher Neigung aller  
unehelichen Geborenen! Dem wo hamma diese wunder-  
liche Kenntnis des Herrn? Die beiden Wähllinge hatte ihr  
Verteidiger nur milde Worte. Das sind eben die echten ultramont-  
anen Rechts- und Moralbegriffe. Den Wähllingen wird alles  
verziehen, aber dem unehelichen Kinde, dem Kinde der Sünde,  
wie die Herren sagen, wird niemals verziehen, daß es zur Welt  
gekommen ist. So ist's bestellt in der von Gott gewollten christ-  
lichen Weltordnung. Die Geschworenen sprachen das Nicht-  
schuldig aus. Danach blieb dem Gericht nur noch die Frei-  
sprechung übrig.

So lange die Geschworenen ausgeführt und ausgewählt  
und nicht aus allen Schichten der Bevölkerung zusammenge-  
setzt werden, wird naturgemäß das Urteil der Geschworenen oft  
so häufig wie das geklärte Urteil des Reichsgerichtes wider-  
sprechen.

**Die Reichstagsblätter.** Die Zustimmung des Kaisers zur  
Gewährung von Distanz ist, nach Informationen der „Bl. Volks-  
zeitung", gesichert. Das Blatt will weiter folgendes erfahren haben:  
Die Vorlage werde auf dem Gedanken eines Paragrafenquantums auf-  
gebaut. Alle weiteren Details seien zweifelhaft. Ebenfalls dürfte  
man sagen, wenn die Vorlage vor dem Reichstag kommt. Sicher  
sei, daß die zweite Lesung der Steuererlasse im Reichstag nicht in  
Angriff genommen zu werden braucht, ehe die Distanzvorlage er-  
ledigt sei.

**Internationale Verkehrsausstellung 1912.** Die Fraktion  
der Freisinnigen Volkspartei brachte im Reichstage eine Resolution  
ein, welche den Reichskanzler ersucht, für Ende 1912 die Ab-  
haltung einer internationalen Verkehrsausstellung in Berlin in Er-  
wägung zu ziehen.

Den ersten sozialdemokratischen „Landrat" wird dem-  
nächst Bayern zu bezeichnen haben und zwar der Kreis Ober-  
bayern, ohne daß die Staatsregierung etwas dagegen tun kann, zum  
Schrecken der Staatsbehörden. Ein preussischer Landrat und ein  
bayerischer sind allerdings arumbereitete Personen. Die bayerische  
Landratsversammlung ist daselbe, was man in Preußen Provinzial-  
landtag nennt. In Bayern führen die Mitglieder dieser Versamm-  
lung den Titel „Landrat". Das Ergebnis der letzten Münchener  
Gemeindevahlen, bei denen statt der bisherigen fünf Sozialdemo-  
kraten gleich zwölf in das Rathaus einrückten, hat zur Folge gehabt,  
daß nunmehr in den konservativen oberbayerischen Landrat auch ein  
Genosse kommen muß. Der Vorgang ist nicht ohne Bedeutung.  
Der bayrische Landrat war die letzte parlamentarische  
Körperschaft in Bayern, in der unsere Genossen bisher  
nicht vertreten waren.

**Meistnot und Fleischsteuerung herrscht,** wie uns ge-  
schrieben wird, noch unermindert in der Fabrik- und Handelstadt  
Chemnitz. Das zeigte nur zu deutlich wieder der Chemnitzer Schlach-  
tewerkmarkt vom 3. Februar. Nur 876 Schweine waren zugetrieben,  
718 weniger, als am gleichen Markttag im Vor-  
jahre. Ungeachtet hoch war der Preis, der für 100 Pfd. Schlach-  
tewerk 89 Mk., 25 Pf. mehr als am gleichen Markt-  
tag des Vorjahres betrug. Um betrieblen zu können, wie  
gering, wie ungenügend der Auftrieb für Chemnitz ist, sei bemerkt,  
daß trotz der hohen Schweinepreise der durchschnittliche Auftrieb in  
diesem Jahre sich bis jetzt auf 1411 Schweine stellte. Der schlecht  
entlohnte Arbeiter kann sich diese teure Fleischkost nicht mehr leisten.  
Die Fleischschlächter von Werben und Hundern, von denen die  
Monatsberichte des Schlachthofes sprechen, verraten, was mehr denn  
früher die Fleischsteuerung des Arbeiters ist.

**Die besondere Leutnantschre.** Daß der deutsche Offizier  
eine andere Art Ehre hat wie gewöhnliche Menschenkinder erlebt, man  
wieder einmal aus einem Urteil, das vom Schöffengericht Nürnberg  
gefällt wurde. Im April v. J. war der Schumacher Knödelin, ein  
noch junger Mensch, nachdem er mit Freunden in einer Wirtschaft  
begegnet, der von einem Offizier gefolgt wurde. Als der Offizier  
vor einem der Freunde überkommenden Leutnant „Triff gefaßt!  
Angen rechts!" kommandierte, ahnte der betrunkenen Schumacher das  
Kommando nach. Knäuel hatte der Offizier dies vernommen, als er  
vom Tische sprang und dem Offizier genötigt, dem Verbrecher an der  
militärischen Majestät zur Disziplin zu führen, wobei der  
Mann ruhig wärgte. Auf der Wache soll ihn der Leutnant, seiner  
Behauptung nach, bausch angeberstet haben, worauf er in seinem he-  
rrenhaften Zustande erwiderte: „Nur langsam, nur keine zu große  
Schneidigkeit, ich bin kein Esel, das man mir mit dem Säbel den  
Haut aufzukommen!" In diesen Worten eines betrunkenen Men-  
schen erblickte der Leutnant eine furchterliche Beleidigung seiner Person,  
und er machte seinem Vorgesetzten Meldung, welcher Strafantrag  
wegen Beleidigung stellte. In der Verhandlung beantragte der Amts-  
anwalt zwei Monate Gefängnis, weil die erwähnten Äußerungen  
geeignet seien, den Leutnant in seiner Ehre herabzusetzen und die  
Disziplin im Heere zu untergraben! Das Urteil  
laute auf einen Monat Gefängnis, und im Urteil wird  
noch hervorgehoben, daß die Betrunktheit des Angeklagten  
als strafmildernd in Betracht gekommen sei.

**Der unbecommene Kritiker!** Ein Strafverfahren gegen den  
früheren Obersten Gölde gelangt in den nächsten Tagen zur Ver-  
handlung. Die Anklage ist nach der „Tgl. Rundsch." erhoben auf  
Grund § 360, Tit. 1, 8 des Reichs-Strafgesetzbuches, wegen un-  
behrter Führung eines Titels.

**Quantität photographiert.** Folgendes Polizeibericht wird  
aus Berlin gemeldet: Der Schriftsteller Erich Mühsam, ein in Son-  
ntags-Zeitungen bekannter Figur, hatte anlässlich des „roten Son-  
ntags" ein anarchisches Flugblatt in eigenem Verlag und  
unter eigener Verantwortung in 50,000 Exemplaren unter dem Teil-  
nehmen der Protessversammlungen verbreiten lassen. Dieser Tage ist  
er nun auf Polizeipräsidium vorgeladen worden, wo er zu an-  
gegebener Zeit photographiert wurde. Gleichzeitig wurde ihm bedeutet,  
daß ein Verfahren gegen ihn schwebt.

**„Frauenlob" vor Gericht.** Die Redakteure der „Schles-  
wig-Holsteinischen Volkszeitung" Jovers und Aler  
sind wegen Beleidigung des Kommandanten und der Besatzung  
des Kreuzers „Frauenlob" zu je drei Monaten Gefängnis  
verurteilt worden. Die Beleidigung war in einigen Artikeln der  
„Volkszeitung" erblickt worden, in denen von einer Meuterei  
der Mannschaft gesprochen worden war.

### Im Reichstage

Hand am Dienstag zunächst eine Interpellation unserer Fraktion  
über das furchtbare Unglück auf See „Ducissa" zur Beratung.  
Die Interpellation gelangte aber nicht zur Verhandlung. Zunächst  
lehnte namens des Reichskanzlers sein Stellvertreter Graf Bala-  
dowski die Verantwortung ab, unter dem beliebigen Vorwande,  
daß es sich um innerpreussische Angelegenheiten handle. Nun  
brachte Genosse Singer die Besprechung der Interpellation, die  
nach der Geschäftsordnung bei genügender Unterstützung auch trotz ab-  
gelehnter Verantwortung erfolgen kann. Nach dem bisherigen Brauch,  
wonach bei solchen Gelegenheiten die Fraktionsstärke und nicht die  
Zahl der zufällig im Saale anwesenden Abgeordneten in Betracht ge-  
zogen wird, hätte die Unterstützung mehr als ausgereicht, da außer unserer  
Fraktion sich Zentrum, Freisinnige und Antisemiten für eine Besprechung  
erklärten. Aber im Gegensatz zu den Interpretationskünsten der  
Tarifkämpfe marlierten auf einmal Präsident und Vorstand eine  
schrägen Buchstabenglaubigkeit. Die Unterstützung wurde als nicht  
ausreichend betrachtet. Unsere Fraktion wird die Lehre daraus ziehen,  
daß es in diesem reaktionären Reichstage stets gilt, alle Mann an  
Bord zu haben, um vor Ueberrumpelungen sicher zu sein.  
Es wurde darauf in der sozialpolitischen Generaldebatte über das  
Reichsamt des Innern fortgesetzt. Graf Kanitz hat das Kunst-  
stück fertiggebracht, zu dem abgeleiteten Liede von der Not der Land-  
wirtschaft noch ein paar Verse hinzuzubringen, die das schamige Los  
der markenlebenden Grundbesitzer im Bantellängertone schildern. Gegen  
das Gland der Heimarbeit empfiehlt er die Einschränkung der Freizügigkeit  
und sein Monarchismus hält den Herrn Grafen nicht ab, die  
kleinbürgerlich-bäuerliche Rückständigkeit der französischen Sozial-  
politik als nachahmenswertes Muster hinzustellen. Im Vergleich zu  
dem ostpreussischen Junkerhänpfling und nun gar zu dem antisemiti-  
schen Prügelschläger, dessen verberbte Phantasie am 21. Januar  
Taschenmesser geknickt sah, erschien Graf Baladowsh wieder als moderner  
Staatsmann. Manche seiner Ausführungen fanden Beifall auch auf  
unserer Seite; doch der Schluß seiner Rede war im Wilton-Stil  
gehalten und ging fast unter in den Beifallsstößen der vereinigten  
Rechnungsabteilungen. — Der Freisinnige Dr. P a n i t z benutzte die

Reichstagstribüne, um gegen seine eigenen Parteigenossen Barth und Mannmann zu polemisieren und unter etwas besserer Wahrung des Dekorums auf dem Reichstagsboden zu wandeln. Ueber die Wahlenfrage sprach Dr. Dahlen vom Zentrum. Weitläufig die wirksamste sowohl wie inhaltsreichste Rede des Tages hielt Genosse S. u. e., der in ergreifenden Worten die wahrhaft höllischen Zustände schilderte, unter denen die Millionen Feuerarbeiter Deutschlands seufzen. — Am Mittwoch gelangt unser Wahlrechtsantrag zur Beratung.

### Arbeitsbewegung.

**Sozialismus in Süd-Afrika.** Bei einer parlamentarischen Wahl, welche kürzlich in Durban (Natal) vorzunehmen war, hatten die beiden bürgerlichen Parteien sich auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt. Der „Politische Arbeiterbund“ stellte diesem den Dr. S. J. G. gegenüber, der als Sozialist bekannt und in der politischen wie in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung sehr tätig ist. Der bürgerliche Kandidat siegte zwar mit 1818 Stimmen über Dr. S. J. G., der 1055 Stimmen erhielt; die Sozialisten in Natal sind aber über dies Resultat hoch erfreut und betrachten es als ein gutes Zeichen für die kommenden allgemeinen Wahlen. — In Kapstadt ist kürzlich auch ein neues sozialistisches Blatt herausgegeben worden, von dessen Verbreitung man sich viel Vorteil für die Sache des Sozialismus verspricht.

### Die Revolution in Rußland.

#### Russische Justiz.

Man schreibt der „Russ. Korresp.“ aus Pskow: Aus unserer Stadt wurde auf Anordnung des Festungs-Kommandanten der Rechtsanwalt O. N. Finkelstein ausgehoben. Die Verhaftung dazu gab folgender Fall: Am 25. Dezember begann in Pskow der Generalstreik. Sofort wurden die Anwälte und Anwälte rekrutiert und verschiedene Häuser, unter ihnen auch das Haus des Generalgouverneurs durch Patrouillen besetzt. Die Patrouillen, die die Straßen durchstreiften, nahmen Verhaftungen vor und alle nur irgendwie verdächtigen Personen waren Mißhandlungen ausgesetzt. Als die Straßensperren einen Stein in einen unter militärischer Bewachung stehenden Straßensperren schleuderten, begann sofort eine Schießerei, wobei mehrere völlig unschuldige Leute schwere Wunden erlitten. Ein Augenzeuge einer solchen Mißhandlungsszene war zufälligweise der Rechtsanwalt O. N. Finkelstein. Empört von allem, was er gesehen, begab er sich sofort zum Kommandanten, um ihm davon Mitteilung zu machen. Der Kommandant, in dessen Händen die Verwaltung der Stadt lag, verweigerte ihm eine Audienz und empfahl ihm seine Beobachtungen schriftlich darzulegen. Herr Finkelstein tat dies. Nachher druckte Herr Finkelstein in der hiesigen Zeitung seinen Brief an den Kommandanten ab, und hat andere Augenzeugen ihre Namen mitgeteilt. Die Antwort auf diesen Brief war die Anordnung, laut der Finkelstein die Stadt wo er geboren und aufgewachsen und während 18 Jahren tätig war, in Verlauf von sieben Tagen verlassen mußte. Ohne jegliche Unternehmung, ohne Mißsprache und bei Unterlassung aller Formalitäten wurde ein ehrlicher Mann und populärer Rechtsanwalt, den man unter anderem als einen Kandidaten zur Reichsduma aufstellen wollte, seiner Heimat entzogen und verbannt. — So steht die „unerschütterliche“ Freiheit und die Unantastbarkeit der Person aus.

#### Die Duma-Wahl.

Die verlaufenen sind die Wahlen zur Reichsduma auf den 7. April festgesetzt worden. Die erste Sitzung der Duma soll am 28. April stattfinden.

Der Moskauer Aufstand scheint Zwischigkeiten im russischen Ministerrat veranlaßt zu haben. Folgende eigenmächtige Meldung kommt aus Petersburg: Die Petersburger Telegraphen-Agentur ist ermächtigt, eine Blättermeldung, nach welcher der frühere Generalgouverneur von Moskau, Durnowo, im Reichsrat erklärt haben soll, die Schuld an dem Moskauer Aufstand treffe die Zentralregierung, zu demontieren und zu erklären, der frühere Generalgouverneur Durnowo habe weniger als irgend jemand sonst das Recht, eine solche Behauptung aufzustellen.

Der Gouverneur von Kautsk, Starostski, ist durch Erlaß vom 3. Februar seines Amtes enthoben worden.

### Partei-Angelegenheiten.

**Der Sozialdemokrat beim Großherzog.** Der Besuch des Genossen Cramer beim Großherzog von Hessen findet bei den heftigen Parteigenossen sehr gemischte Aufnahme. Unser Offenbacher Parteiblatt sagt zu der Affäre:

„Dem der Politik fremden, in der Welt künstlerischer Formen lebenden und vom Großherzog wiederholt in seinen Befreiungen gezeigten Ehrlich wird niemand gram sein, wenn er zu Ernst Ludwig geht. Und auch Cramer nicht, wenn er etwa mit dem vornehmlichen Herrn Plaudern oder eine Partie Schach spielen will, nur wird er gut tun, die Verzeichnung solcher weltbewegenden Begebenheiten im Hofbericht sich zu verbitten. Aber in der vorliegenden Geschichte hat nicht Cramer, sondern es hat die sozialdemokratische Partei sich etwas zu verbitten. Denn — die Motive Cramers in allen Ehren — es handelt sich doch darum, daß der Monarch angerufen wird zu einer Einflusnahme auf die kommunale Selbstverwaltung. Das ist unter allen Umständen zu tabeln, doppelt zu tabeln aber in einer Stadt, die das fast unbeschränkte allgemeine, gleiche Wahlrecht zur Gemeindeverwaltung hat! Ist es wirklich so, daß die Ideen Cramers, was wir gern glauben wollen, auch dem Allgemeininteresse entsprechen, dann war der Versuch, den Fürsten dafür zu gewinnen, vom Standpunkte des Sozialdemokraten das allerungeeignetste Mittel. Vielmehr mußte die Masse der Einwohner, mußte das werktätige Volk mobil gemacht werden; die Interessensolidarität städtischer Grundbesitzer, die auf Emporschreben der Grundbesitzer und Hochhaltung der Wohnungsmieten gerichtet ist, mußte öffentlich angeklagt und es mußte auf diese Weise die Stimmung geschaffen werden, die ein endliches selbstständiges kompromißloses Vorgehen der Sozialdemokratie bei den nächsten Darmstädter Stadtverordneten-Wahlen erfolgreich macht. Statt dessen geht Cramer zu Hofe — er schädigt damit die Aktionskraft der lokalen Partei und gibt den Gegnern der Demokratie Gelegenheit zum Spott.“ Und in einer späteren Nummer folgt dasselbe Blatt: „Es ist noch ein anderer erwidrerender Umstand nachzutragen: Cramer gehörte bis vor kurzem der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags an. Am neuen Landtag, dessen Mitglied Cramer freilich nicht mehr ist, wurde derselben Fraktion die bisher von ihr innegehabte Vertretung im Kommissionsrat wider allen parlamentarischen Brauch verweigert, einzig deswegen, weil ihr Kandidat, Genosse Ulrich, ablehnte, zu Hofe zu gehen. Cramer hat sich daran nicht gekümmert — allerdings hat er als Privatmann so gehandelt. Nun soll die Parteiorganisation des Wahlkreises Stellung nehmen.“ Wir halten die ganze Sache für so gleichgültig, daß wir meinen, man tut der Monarchie zu viel Wichtigkeit beimessen, wenn man davon so viel Wesens macht. Schließlich braucht ein im Dienste der Partei ergrauter Parteigenosse ja noch nicht konjunktiv zu werden, wenn er mit den Parteimitgliedern eines großherzoglichen Schlosses gesehen hat. Wobei wir jedoch bemerken wollen, daß wir absolut keine Sehnsucht nach gleichen Studienfahrten haben.

**Die Redaktion der Sächsischen Arbeiterzeitung** wird nach dem Uebergang Bloch zum „Vorwärts“ nunmehr vom früheren „Vorwärts“-Redakteur Gradnauer übernommen. Die Dresdener Bestimmung wählte den Genossen Gradnauer mit großer Mehrheit. — So lesen wir selbstverständlich im „Vorwärts“-Blatt.

**Die strafrechtliche Untersuchung** ist gegen die Hamburger Genossin Frau Rieck eingeleitet, die in den Versammlungen, in denen sie über „Das Weihnachtsfest der deutschen Arbeiterinnen“ sprach, zu sozialdemokratischen Aufregungen beigetragen hat, unter Bezugnahme auf die russische Revolution usw. Die Beschuldigung ist natürlich haltlos.

### Arbeitsbewegung.

Ein neues Arbeitersekretariat wird demnächst in Offenbach a. M. errichtet werden. Dieser Tage sind die dortigen Gewerkschaftsvorstände und Parteidelegierten zusammengetreten und haben sich grundsätzlich für die Errichtung eines Sekretariats entschieden. Es handelt sich jetzt nur noch darum, die Kostenfrage in befriedigender Weise zu lösen.

**Wieder ein Streit in der Anilinfabrik.** Am 5. d. Mts. legten in Ludwigshafen 400 Kohlenarbeiter der Badischen Anilin- und Sodafabrik die Arbeit nieder. Sie hatten bisher im Accord gearbeitet, aber so, daß niemand von ihnen wußte, wieviel er am Tage zu erwarten habe, da ihnen ein Tarif nicht bekannt gegeben war. Als sie jetzt an der allgemeinen Lohn-erhöhung teilnehmen sollten, wurde ein — angeblich der bisherige — Tarif ausgeschrieben, der aber wegen seiner niedrigen Lohnsätze von ihnen nicht anerkannt wurde. Es kam zu wiederholten Unterhandlungen mit dem Gankeiter, Genossen Prüll, die schließlich zur Abschaffung des Accord- und Einführung eines 57 Pf. betragenden Stundenlohns führten. Diese vom Verwalter gemachten Zugeständnisse wurden aber von der Direktion nicht bekräftigt. Darauf kam es zu dieser Arbeitsniederlegung sämtlicher Arbeiter. Nur ein einziger ist ihnen geblieben.

**Die Gewerkschaftsorganisationen im Staate New-York** beginnen sich mit der steigenden wirtschaftlichen Konjunktur von dem zeitweiligen Niedergang, die sie während der wirtschaftlich unglücklichen Zeit 1903/4 erlitten, zu erholen. Nach den Feststellungen des New-Yorker Arbeitsamtes ist die Zahl der organisierten Arbeiter im Staate New-York vom 1. April bis 1. Oktober v. J. von 374292 auf 522221 gestiegen, ein Gewinn also von 7919 Mitgliedern oder etwa über 2 Prozent.

Infolge des besseren Geschäftsganges hat aber auch die Einwanderung innerhalb des letzten Jahres sehr zugenommen. Das ergibt sich schon allein aus den Zahlen, die das Arbeitsamt über New-York bekannt gibt. Danach sind im 3. Quartal 1905 im Hafen von New-York 169467 europäische Einwanderer gelandet, gegen 189818 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mehr als 1/4 dieser Einwanderer kam von Italien, 1/4 waren Juden; 28 Prozent waren Analphabeten.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, 7. Februar.

**Da ist das ja die höchste Zeit.** Ein Arbeiter, der in einem Dorfe nahe bei Görlitz beschäftigt ist und auch dort wohnt, hatte sich vor kurzem entschlossen, durch den Austritt aus der Landeskirche wider den preussischen Schulverfassungsgesetzentwurf zu protestieren. Der 22-jährige Arbeiter, der seine Militärdienstzeit seit vorigem Jahre hinter sich hat, trägt keinen Schnurrbart und sieht noch jünger aus, als er ist. Als der amtierende Amtsrichter die Kirchenaustrittserklärung entgegennahm, fragte er den Arbeiter, wie alt er sei. Antwort: „22 Jahre.“ Darauf meinte der Richter ironisch: „Da ist das ja die höchste Zeit.“ Der Arbeiter hatte noch für solche Ironie kein Verständnis und meinte treuherzig: „Ja, Herr Rat, wenn ich gewußt hätte, daß man schon mit vierzehn Jahren aus der Landeskirche austreten kann, da wäre ich schon vor acht Jahren ausgetreten.“ — Die Arbeiterschaft hat keine Ursache, die Worte des Richters ironisch aufzufassen. Wer 22 Jahre alt und mit dem Glauben seiner Väter verfallen ist, für den ist es wirklich die höchste Zeit, daß er als ehrlicher Mensch auch die Konsequenzen zieht. Wer noch glaubt, der möge in der Kirche bleiben. Wir achten jede Ueberzeugung. Wer aber nichts mehr glaubt, für den ist es angesichts des geplanten Attentats auf die Volksschule — „die höchste Zeit!“

**Aus der Welt des Scheines.** Nicht immer ist die Bühne der Schauspiel schöner Mitternachten, der Tummelplatz edler, menschlicher Gefühle, wie man sich das so am Abend, wenn das Theater vom Lichte elektrischer Lampen hell erleuchtet ist, und schöne Dekorationen und bunte Lichteffekte den Zuschauern neue Welten vorjanzern. Auch im Theater erschallen wie in der großen Welt da draußen böse, häßliche Worte, menschliche Leidenschaften und Fehler kommen zum Vorschein und die Bühnenmitglieder sind Akteure gar manches unschönen Lebensschauspiels. — Im März des vorigen Jahres fand im Lobetheater eine Probe zu der Operette „Das Weisheitsmädchen“ statt. Herr Oberinspektor Sternan leitete die Probe, und Herr Inspizient Kurzbuch gab hinter den Kulissen die notwendigen Anweisungen. Plötzlich brach unter den Damen des Chors ein lautes Gelächter aus; Herr Kurzbuch mußte dies von Amtswegen rügen und glaubte als Hauptmissetäterin Frau Ginzgalla-Glück feststellen zu können. Darüber geriet der Gatte der Beschuldigten, Herr Franz Ginzgalla, der dem männlichen Chor angehört, in argen Zorn, und er rief Herrn Kurzbuch zu: „Das ist eine Lüge!“ Der letztere wieder gab zur Antwort: „So ein Kerl! Diese Lüge habe ich endlich fall!“ Die Fortsetzung des Dramas spielte sich am 6. März vor dem hiesigen Schöffengericht ab, wo sich die beiden Theaterherren als Kläger und als Widerkläger gegenüberstanden. Herr Ginzgalla wurde zu 20 Mk., Herr Kurzbuch zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Kosten wurden nach der Höhe der Strafen zu zwei und einem Drittel auf die Prozeßparteien verteilt.

**Das 16. Stiftungsfest** feiert der Sozialdemokratische Verein am Sonntag, den 18. Februar, im Saale des Gewerkschaftshauses. Aus diesem Anlaß hat der Vorstand ein glückliches Arrangement getroffen, das in Konzert, Gesang, Darstellung von lebenden Bildern, Künstlerpezialitäten, turnerischen Aufführungen und Ball besteht. Das Konzert liegt in den bewährten Händen des Herrn B. K. A. S. Wir machen schon jetzt unsere Genossen und Genossinnen auf den Besuch des Stiftungsfestes aufmerksam, indem wir bitten, sich rechtzeitig mit Programmen, pro Stück 30 Pf., zu versorgen, die bei den Distriktsführern und in der Expedition der „Volkswacht“ zu haben sind.

**Von den städtischen Arbeitern.** In der am Dienstag im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Mitgliederversammlung des Verbandes der städtischen Arbeiter beschloß man sich mit dem Präsidenten des Verbandsvorstandes Herrsch. Es wurde hierauf folgende

„Die Mitgliederversammlung erklärt: voll und ganz auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung zu stehen und verurteilt alle Übergriffe, die darauf gerichtet sind, die Arbeiterbewegung zu verflüssigen und in das Wasser der bürgerlichen Demokratie zu fällen.“ Gerade die fortgeschrittenen Bestrebungen der Arbeiterbewegung, nicht zum wenigsten in Breslau, erfordern es, daß jeder Klassen- und zielbewußte Arbeiter und besonders ein Arbeiterführer, in den jetzigen schweren Zeiten mit ganzer Energie seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber der Gesamtheit seiner Arbeitbrüder erfüllt. Wir können jetzt nur ganze Männer brauchen. Deshalb begrüßt die Versammlung den Austritt des bisherigen Verbandsvorstandes Pörsch, der seit langem sich im Gegensatz zu der überwiegenden Mehrheit der Breslauer Verbandskollegen befand, die spricht aber ihre Verwunderung darüber aus, wie es Pörsch möglich war, mit seinen Ansichten noch bis vor kurzem eintragendes Mitglied des sozialdemokratischen Partei zu sein.“

**Bele- und Diskussionsklub des Sozialdemokratischen Vereins.** Die Teilnehmer, auch vom Mittwoch-Klub, werden ersucht, Donnerstag Abend vollständig zu erscheinen. Thema: Ehe und Familie.

### Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

**Die Breslauer Gemeindevorarbeiter** haben den in letzter Zeit über sie herniedergebrachten Stürmen in jeder Hinsicht standgehalten. Es ist ihren Drängern nicht nur nicht gegliedert, der Organisation Trost zu tun, sondern der Verband ist neu gestiftet aus diesem Kampfe hervorgegangen und hat eine Anzahl neuer Mitglieder gewonnen. Als äußeren Beweis der wachsenden Mitgliederzahl sah sich der Gemeindevorband gezwungen, ein eigenes Bureau in der Zentrale Breslau zu errichten. Dieses Bureau befindet sich Burgfeld Nr. 5, parterre, und machen wir alle städtischen Arbeiter hierdurch besonders aufmerksam. Die Sprechzeit des Sekretärs Mehrlein ist Wochentags von 11 — 1 Uhr Vormittags, Sonntag ist das Bureau geschlossen.

**Achtung, Maurer!** Die Adresse des Maurers Franz Nowack, der im Sommer in Schwientochlo- witz OS. arbeitete und bläher in Berlin, Georgenkirchstraße wohnte, wird in einer Prozeßsache von uns dringend gebraucht. Wir bitten diejenigen Maurer, die den jetzigen Außenhalt Nowacks kennen, um denselben umgehen zu bitten.

**Asphaltierung und Schwarzdecker.** Donnerstag, Abends 8 Uhr, findet im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Versammlung statt. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen.

### Aus Schlesien und Posen.

Freiburg, den 7. Februar. Gewerbegerichts-Sitzung. Der Sechler März Klage für seinen minderjährigen Sohn, den Fabrikarbeiter W. Merck, gegen die Warenaktengesellschaft auf Zahlung von 17 Mark Lohnentziehung wegen fahrlässiger Entlassung. W. war plötzlich entlassen worden, weil er an einer Schlägerei, die zwischen einer Anzahl jugendlicher Arbeiter stattgefunden hatte, teilgenommen haben sollte, was dieser jedoch vor Gericht ganz energisch bestritt. Er habe nur einem anderen Arbeiter, als dieser mit einer Flasche zugeschlug, diese entfallen. Der als Vertreter der Firma anwesende Arbeiter Büchel berief sich auf den § 9 Absatz 5 der Arbeitsordnung, nach welchem die Firma denjenigen Arbeiter sofort entlassen kann, welcher an einer Schlägerei mit seinen Mitarbeitern teilnimmt. Das Gericht kam in seiner Mehrheit zu der Ansicht, daß eine Teilnahme des W. an der Schlägerei vorliege, und somit die Firma nach genanntem Paragraphen zur sofortigen Entlassung des W. berechtigt war. Deshalb wurde der Kläger abgewiesen.

Reife, 7. Februar. Saalabtreiberi. Selbst an Vergnügen scheinen die Herren Gastwirte die Arbeiter nicht bei sich haben zu wollen. Die Arbeiter der Mühlfabrik Bischof hatten den Brauhausaal zu einem Vergnügen gemietet; nachdem die Vorarbeiten ziemlich erledigt waren, erklärte der Wirt, er „Bühne“ den Saal nicht hergeben, es scheinen sich unter den Arbeitern — hu! hu! — Sozialdemokraten zu befinden. Der gute Mann kann recht haben, und unsere Genossen sollten daraus die Lehre ziehen, daß sie dem Herrn auch bei seinem Sonntagstanz mit ihrem Besuche nicht lästig fallen.

**Pöligisten gegen Arbeiter.** Vor wenigen Tagen hatte sich der Former Josef Adam wegen angeblicher Mißhandlung und Verleumdung des Amtsbüblers Bachnick aus Mähren-gasse zu verantworten. Er soll ihm auf die Fersen getreten und den schönen Namen „Gallus“ beigelegt haben. Die Verklagte bestritt dies, die Anzeige soll nur aus Rache darüber erstattet worden sein, weil er den Wächter wegen Freiheitsberaubung angezeigt habe. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis; darüber ergriff Adam beim Wächter zu: „Ich verfluche Sie bis zur Hölle! Ich bin bestraft, Sie aber auch!“ Wegen Ungebühr vor Gericht erhielt er dafür drei Tage Haft; wegen Mißhandlung und Verleumdung wurde er zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt!

### Kleine provinzielle Nachrichten.

Sergeant Kapf vom Infanterie-Regiment von Winterfeldt (2. Oberschlesisches) Nr. 23 in Reife hat sich am 3. Februar in einer Warenausgabe mit seinem Dienstmädchen verlobt. — Der Gasthausbesitzer Hoffmann in Steinau wurde vom Arbeiter Dubiel erschossen, weil Hoffmann ihn aufforderte, seine Felle zu bezahlen. — Am Sonntag Nachmittag verunglückte auf der Seebühne am Ravalierberge bei Steschberg der Fabrikarbeiter Grez. Bei der letzten Fahrt wurde er berannt in den Schaufelgraben geschleudert, daß er sich nicht mehr zu erheben vermochte und laut um Hilfe rief. Der Bergmeister, der aufstehend einen Weinbruch davongetragen, wurde zum Arzt gebracht. — Ebenfalls am Sonntag Morgen ereignete sich beim Schützenfahren an der Sauerndorfer Seite des Gasthofs „Zum Felten“ ein Unfall. Dr. Schultheiß Feiler, der den Berg hinabfuhr, stieß mit den Füßen an einen Stein, der Schlitzen überstürzte und der Knabe brach im Handgelenk den Arm. — Wie schon mitgeteilt worden ist, wurden in Warschau bei Warschau im Herbst vorigen Jahres innerhalb einer Woche drei große Scheunen mit dem gesamtenCONTENT, ferner eine ganze Besetzung bestehend aus Wobahaus, Schirme und Stallung durch Brandstiftung in Asche gelegt. Als Brandstifterin ist die Stellenbesitzerin Bürger ermittelt und in Haft genommen. Da bei der Beobachtung abnorme Geldsummen vermutet wurden, kam sie zur Beobachtung in eine Anstalt. Dort ist festgestellt worden, daß die Brandstifterin geisteskrank ist.

Verantwortlich für die Rubriken: „Breslauer Nachrichten“, „Aus Schlesien und Posen“, das Familien und die Intelligenz: Robert Albert; — für alles übrige: Franz Käpff. — Redaktion und Expedition: Neue Grapenstraße 58. — Verlag von Oskar Schöke; — Druck von Th. Schöke & Co., m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. Stern 1. Blatt.

Um Ihnen zu zeigen, wie schwer es selbst für Sachverständige ist, den Unterschied herauszufinden zwischen

# BERA Diamanten

und

# ECHTEN Diamanten

placierten wir in unserem Schaufenster, zwischen unseren Waren für Jedermann sichtbar

## 30 echte Diamanten.

Falls Sie dieselben herauszufinden vermögen, können Sie sie zu dem gleichen Preise kaufen wie unsere BERA DIAMANTEN, die früher Mark 6 gekostet haben, aber die wir jetzt verkaufen zu dem reduzierten Preise von

1

Mark  
pro Stück  
incl.  
Fassung.

Wenn Jemand tatsächlich glaubt, Bera Diamanten sind nicht das, was wir behaupten, so bietet sich hier die Gelegenheit, Nutzen davon zu ziehen.

Von Zeit zu Zeit werden wir die Namen der Käufer von echten Diamanten zum Preise von

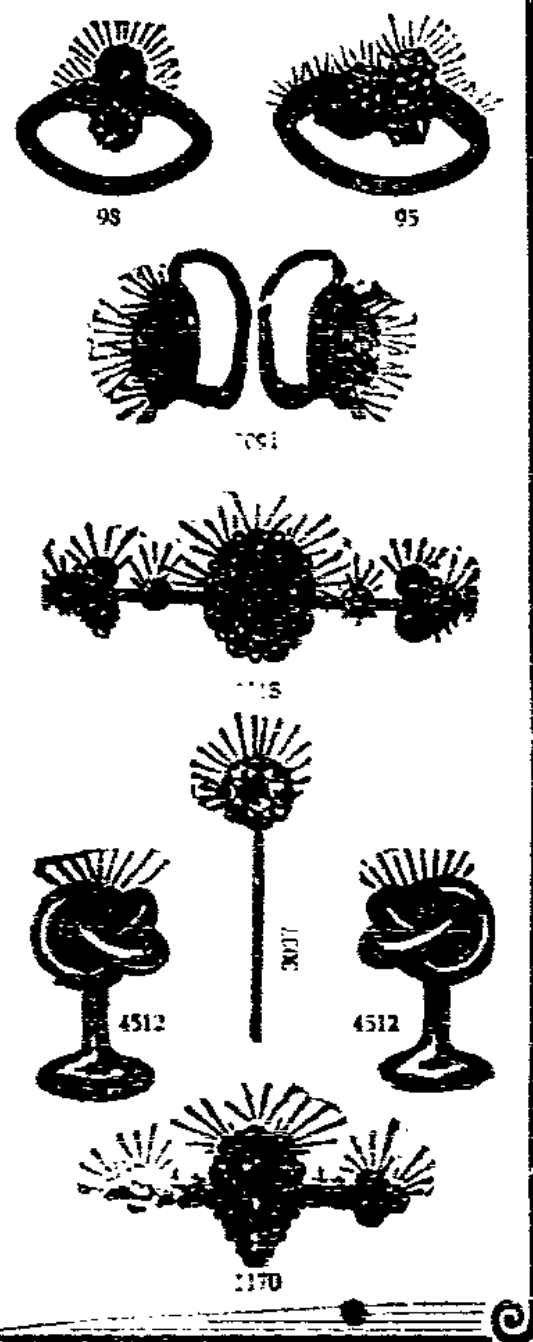
1 Mark

pro Stück

veröffentlichen. Sobald ein echter Stein verkauft ist, wird er sofort durch einen anderen ersetzt, sodass stets

30 echte Steine

in unserem Fenster sind.



Wir erwarten, dass es Zweifler gibt, die womöglich behaupten, dass echte Steine in unserem Fenster nicht vorhanden sind. Wir erklären uns daher bereit, Jedem, der eine Summe von 100 Mk. irgend einer wohltätigen Stiftung der Stadt Breslau überweist, die echten Steine in unserem Fenster zu zeigen, und zu beweisen, dass sie von Jedermann gesehen werden können. Sollten wir hierzu nicht imstande sein, so verpflichten wir uns, unsererseits

5000 Mark

der gleichen wohltätigen Stiftung zu zahlen.

Postbestellungen werden auf das sorgfältigste effektiert,

bei einer Mindestbestellung von 2 Artikeln.

*Bera American Diamond Palace*  
*Schweidnitzer Strasse 54*

## Bahn frei — für die Frau!

Der Initiativantrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über das Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, sich zu versammeln. Zur Veranstaltung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde, noch eines Erlaubnis durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens 6 Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Teilnehmer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs beauftragten Ortsbehörde anzuzeigen. § 2. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine zu bilden. § 3. Alle den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen einschließlich derer, welche die Verabredung und Vereinbarung zum Zwecke der Erlangung gütlicher Kompensation und Verschlichtung von Forderungen hindern, unterliegen oder unter Strafe stellen, sind aufgehoben. § 4. Wer die Ausübung der in vorstehenden Paragraphen gewährleisteten Rechte hindert oder zu hindern versucht, wird mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt. § 5. Die landesgesetzlichen Bestimmungen über das Versammlungs- und Vereinsrecht sind aufgehoben. Das Gesetz soll am Tage seiner Verkündung in Kraft treten.

Es wird die höchste Zeit, daß mit den vormärzlichen Bestimmungen unseres reaktionären Vereins- und Versammlungsrechts gebrochen und dafür ein Gesetz geschaffen wird, das dem Freiheitsdrange des Volkes Rechnung trägt. — Die Vorkommnisse am roten Sonntag beweisen aufs neue, wie besonders den Frauen die Betätigung am öffentlichen Leben durch das bestehende Vereinsgesetz erschwert wird.

In dem großen einigen Deutschland engen 24 verschiedene Vereinsgesetze die Bewegungsfreiheit der Frauen ein. Am reaktionärsten sind die Nebenparagrafen im Junkerstaat Preußen. Die in der Agitation tätigen Genossinnen haben reichliche Erfahrungen, wie „fürsorgliche“ Stadtoberhäupter die bestehenden Paragraphen der Vereinsgesetze „auslegen“ und so die Frauenwelt an der Ausübung ihrer Staatsbürgerrechte hindern. Durch die Hammerstein'sche Segmentrede ist dieser Zustand noch kritischer geworden. Recht häufig erlassen überschlaue Polizeibeamte willkürlich Versammlungsverbote und ebenso häufig lösen sie aus nichtigen Gründen Versammlungen auf.

Die Unsicherheit ist äußerst bedrohlich, da alle möglichen und unmöglichen Vorwände hervorgehoben werden, um den Frauen die Beteiligung am öffentlichen Leben zu erschweren. Weder darf eine Rednerin nicht sprechen, weil sie eine „aufreizende Sprechweise“ hat, bald haben die Versammlungsteilnehmerinnen sich nicht richtig plaziert, bald ist die „Sittlichkeit gefährdet“ usw. Aus letztgenanntem Grunde wurde den Frauenrechtlerinnen in Samburg eine Versammlung, die sich mit dem Vordrängen beschäftigten wollte, unmöglich gemacht; sie mußten sich mit ihrer Veranstaltung vom republikanischen Boden auf preussisches Gebiet flüchten. Solche ungesetzmäßige Handhabungen des Vereins- und Versammlungsrechts sind aus allen Gegenden Deutschlands bekannt geworden.

In Koblenz (Rheinland) ließ der Bürgermeister vor kurzem innerhalb acht Tagen zwei öffentliche Versammlungen der Textilarbeiter auflösen, weil der Einberufer die Frauen nicht hinausweisen wollte. Eine Beschwerde beim Landratsamt in Kempen war erfolglos; es wurde erklärt, der Textilarbeiterverband sei ein politischer Verein, an dem Frauen nicht teilnehmen dürften, ergo seien die Maßnahmen der Behörde „berechtigt“ gewesen.

Mit den Worten „im Namen des Gesetzes“ läßt sich die Versammlung auf,“ wird nicht selten Mißbrauch getrieben; denn vielfach wissen die unteren Polizeibehörden keine Gesetzesparagrafen für ihre Maßnahmen anzuführen.

Aus Vorstehendem ergibt sich, daß das bestehende Vereins- und Versammlungsrecht nicht mehr in unser Jahrhundert der „Kultur und Freiheit“ hineingehört, und doch wehrt man sich gegen jede Veränderung in freierem Sinne. Der braunschweigische Landtag lehnte eine Reform des Vereinsgesetzes mit folgender Begründung ab:

„Es ist zu beklagen, daß es in solchen Versammlungen, an denen Frauen teilnehmen, bei der leichtesten Erregbarkeit herbeikommt, und gerade herbeikommt der hier am meisten brillanten Schichten der Bevölkerung, zu unruhigen Szenen kommen, die ein direktes Einschreiten der Polizei nötig machen, und wie mißlich dies notwendig, unter Umständen mit Anwendung förmlicher Gewalt verbundene Einschreiten sein müßte,“

**Melchior zortz** Mißachtung auf die Frauen!  
Wie nimmt sich bei dieser Rücksicht die Tatsache aus, daß man in Bromberg sozialdemokratische Flugblattverbreiterinnen gefesselt durch die Straßen führte und die eine in der Zelle aor festsetzte!

Wahrhaftig, wir leben in einem humanen Zeitalter! Auch in Sachsen wird die Versammlungsfreiheit und die Agitation für die Gewerkschaftsbewegung durch den Minderjährigen-Paragrafen auf äußerste gehemmt. Es liegt fast allein in der Hand des übermächtigen Beamten, ein zur Beratung stehendes Thema für politisch zu erklären und daraufhin die Minderjährigen auszuweisen oder die Versammlung aufzulösen.

Um diesem Zustande ein Ende zu machen, fordern auch die sozialdemokratischen Frauen ein einheitlich und freiheitlich ausgestaltetes Vereins- und Versammlungsrecht, das auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete Frauen wie Männern das gleiche Recht zuerkennt.

Bahn frei — für das Weib! M. R.

## Deutscher Reichstag.

36. Sitzung, Dienstag, den 6. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky.  
Erster Punkt der Tagesordnung ist die Interpellation Nr. 10000.

Im dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß am 10. Juli 1905 auf der Kohlenzeche Borussia bei Dortmund in Folge eines Schachtbrandes 39 Arbeiter getötet worden sind?

Im dem Herrn Reichskanzler bekannt, weshalb die Ursachen des furchtbaren Unfalls noch immer nicht amtlich bekannt gemacht und die schuldigen Personen zur Verantwortung gezogen worden sind?

Im dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die „Borussia“-Katastrophe durch Aufrechterhaltung der allernotwendigsten Arbeiterschutzelbstmaßnahmen herbeigeführt wurde und was gegen die Herr Reichskanzler zu tun, damit ähnlichen Grubenunfällen vorgebeugt wird?

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt auf Befragen des Präsidenten, daß er wann der Reichskanzler die Interpellation zu beantworten gedenke. Der Herr Reichskanzler lehnt die Verantwortung der Interpellation ab, weil es sich um eine spezifisch preussische Bergbauangelegenheit handelt.

Herr St. (Zot.): Trotzdem die Regierung die Verantwortung ablehnt, beantraue wir Vesperburg der Interpellation.

Präsident Graf Posadowsky: Dieser Antrag bedarf geschäftsordnungsgemäß der Unterstützung von 50 Mitgliedern.

Für die Vertretung der Sozialdemokraten, beide freisinnige Parteien, das Zentrum und die Antisemiten. Bei der schwachen Beteiligung des Hauses kommen aber nicht 50 Stimmen zusammen. Die Vertretung ist also abgelehnt.

Nunmehr wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt.

Herr Graf Hauke (kon.): Die Herren am grünen Tisch in Berlin haben keine Ahnung, wie schwer die Lasten der Versicherungs-Gesetzgebung das blatte Land bedrücken. Zwar leben auch die Industriellen, namentlich die nicht landwirtschaftlichen, denen die Konturierung mit dem Umstande fast unendlich gemacht wird; aber am schwersten leidet doch die Landwirtschaft. Die Ansprüche der Arbeiter werden immer höher und die Sozialreform hat nur die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen vergrößert. Die sozialpolitischen Forderungen haben geradezu demokratisierend auf die Arbeiter gewirkt. Die Arbeiter wollen direkt eine Rente vom Staat. (Lachen links.) Neben der verfehlten Sozialpolitik hat auch die verfehlte, landwirtschaftsfeindliche Zoll- und Handelspolitik das Wachstum der Sozialdemokratie gefördert. In Frankreich gibt es keine Kleinrenten, keine Versicherungsvalde. Wir sollen uns die französischen Einrichtungen zum Nachahmer nehmen. (Lachen links.) In der Primarindustrie werden gewiß vielfach unzureichende Löhne gezahlt, aber weit besser als die Ausbeutung der Frankfurterindustrie auf die Primarindustrie wird die Verbilligung des Bezugs letzter Frauenverleihen in die Großstädte auf die Verbilligung dieser Mißstände hinwirken. — Mein sozialpolitisches Ceterum censeo lautet: Fort mit der Steuer! Vereinfachung der Versicherungs-Gesetzgebung! (Beifall rechts.)

Herr Dr. Bachnick (Freisinnige Vereinigung)

bringt auf möglichst baldige Vorlegung des Gesetzes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. In dieser Vorlage sind die sozialdemokratischen Arbeiter weit mehr interessiert als die sozialdemokratischen Berufsvereine sind auch für die Abschaffung der Tarifvereine wichtig, die wir ja im Gegensatz zum Zentralverband der Industriellen freudig beifügen. Durch die Rechtsfähigkeit darf aber nicht die Bewegungsfreiheit der Berufsvereine ein gehemmt werden. Streiks sind immer bedauerlich, aber manchmal unentbehrlich. Auf keinen Fall darf der Staat in die Streiks eingreifen. Die Frage der Arbeitskammern erhebt sich noch nicht spruchreif, wohl aber die des Personalrats für Frauen, während der allgemeine Normalarbeitsvertrag noch in weiter Ferne liegen dürfte. Es empfiehlt sich, die Beiträge der Unternehmer zur Krankenversicherung von 1/2 auf 1/3 herabzusetzen, dafür aber auch den Unternehmern die Hälfte der Höhe statt des bisherigen Drittels in den Vorkänden einzuräumen. Den großen Belohnungsnachweis scheinen jetzt auch die Herren von der Rechten anzunehmen; dafür preisen sie den „kleinen“ Belohnungsnachweis. Aber mit Meisterprüfungen meistert man das lebendige Wirtschaftsleben nicht. Die Abg. Fischer und Müller legen die deutsche Sozialpolitik über Gebühr herab. Auch wir Freisinnigen wünschen ein schnelleres Tempo. Man sollte aber doch nicht vergessen, daß die deutschen Arbeiter 1 1/2 Milliarden Mark an Renten mehr erhalten haben, als sie an Versicherungsbeiträgen gezahlt haben. Nicht in der Regierung und nicht im Reichstage ist der sozialpolitische Eifer erloschen, wohl aber im Lande. Daran trägt die revolutionäre Entwicklung innerhalb der Sozialdemokratie die Hauptschuld. Die von einem Bunde der Sozialdemokratie mit den liberalen Parteien und gar mit dem Kaiserthum träumten haben sich bitter getrennt. Der Revolutionismus ist tot, der Revolutionarismus hat auf der ganzen Linie gesiegt. Die russische Revolution und die scharfprägnanten Schilderungen der Frau Poland-Holt vom Massenstreik haben eine verhängnisvolle radikale Stimmung in der deutschen Sozialdemokratie erzeugt. Aber diese durch gewisse männliche und mehr noch weibliche Vornamen charakterisierte Stimmung hätte nie die Oberhand gewonnen, wenn nicht eine reaktionäre Politik, Lebensmittelverknappung, Klassenhass, falsche Ethik innerhalb der oberen Klassen und Wahrscheinlichkeitsrechnungen ihr vorgearbeitet hätten. Freud erregt Gegendruck. (Sehr wahr! links.) In Bayern, in Baden ist die Sozialdemokratie ganz anders geartet als in Preußen und Sachsen. Hier in Preußen erscheint ein Wahlbündnis mit ihr auf lange Zeit ausgeschlossen. — Das einzige Mittel, das eine allmähliche Ausdehnung der Klaffengasse und eine Gelbung der Parteiverhältnisse herbeiführen kann, ist eine vernünftige, von allen reaktionären Schladen befreite Sozialpolitik. In einem Massenstreik teilzunehmen, lehnt unsere Fraktion natürlich ab; aber an einer Weiterführung der Sozialpolitik werden wir eifrig mitarbeiten. (Bravo! bei den Freis.)

Herr Bruhn (Antisemit)

verlangt den allgemeinen Belohnungsnachweis, bedauert den Unfall der Abgeordneten Euler und Pauli in dieser Frage und verlangt Außenabrede gegen den sozialdemokratischen Terrorismus. Kurz vor dem 21. Januar hat in meiner Gegenwart ein Sozialdemokrat auf meine Frage, ob er vorbereitet sei, ein großes Messer aus der Tasche gezogen. (Schöne Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky

geht auf eine Reihe im Laufe der Debatte gestellter Fragen ein

## Aus aller Welt.

**Die Soldaten erzoogen werden.** Der Unteroffizier Liesberg des Füsilier-Regiments v. Gersdorff Nr. 80 in Frankfurt a. M. stand vor dem Kriegsgericht der 21. Division unter der Anklage der Mißhandlung Untergeordneter. Im letzten Gerichtsamt er eine Rekrutenkorporalhaft und darunter den Gemüthlich Wankmüller, einen etwas schwerfälligen und, wie seine Kameraden sagen, dickköpfigen Mann. Nun war auf den 14. Dezember Stiefelappell angesetzt und der Füsilier hatte sich keinen „Reparaturstiefel“ für seine zerrissenen Stiefel geben lassen. Aus Mangel darüber packte ihn der Unteroffizier, schüttelte ihn und ließ ihn nachher in der Kniebeuge Gewehr „pumpen“. Später sollten die Mannschaften umschmallen, um Griffe zu üben. Wankmüller hatte schlecht umgeschmalt, sodaß die Koppel ausging. Da warf ihm der Unteroffizier das Lederzeug gegen den Leib, zog das Seitengewehr des Füsiliers aus der Scheide, um zu sehen, ob es gereinigt sei, und weil es schmutzig war, führte er damit einen Stoß gegen den Rekruten. Dieser fuhr zurück, aber die Spitze des scharfen Seitengewehrs durchbohrte die Uniform und verursachte eine Hautwunde. Dann gab ihm der Unteroffizier noch einen Schlag mit dem Schürhaken und ließ ihn noch einmal Gewehr strecken. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis, sah aber von einer Entziehung der Treffen ab.

**Pfarrer und Kirchendiener vor Gericht** als Klagepartei ist ein gewöhnlicher Fall — vor dem Obergericht in Schöffengericht kam ein solcher Fall aber zur Verhandlung zwischen dem ehemaligen Kirchendiener Peter Kraus II. aus Heusenstamm und dem dortigen Pfarrer Landvogt. Der Pfarrer war beschuldigt, zum Kirchenrechnen in Bezug auf den Kr., der seinen Posten aufgegeben, gesagt zu haben: „Wenn ich auch dem Dreifach noch drei Monate sein Gehalt geben muß, in die Kirche kommt er mir nicht mehr.“ Weiter soll der Pfarrer im September beim Beginn eines Gottesdienstes am Altar den Kr. und seine Familie dadurch beleidigt haben, daß er sie „Sauterl“ und „Saubande“ titulierte. Widerklage hatte der Pfarrer gegen seinen ehemaligen Kirchendiener erhoben, weil dieser Andeutungen über einen nicht ganz lauten Verlehrs des Pfarrers mit seiner Haushälterin verbreitete und ferner ihm Neugierigkeiten in den Mund legte, die er, der Pfarrer bezüglich des Bürgermeisters und eines Kirchenvorstands-Mitglieds getan haben sollte. Nach den Erklärungen des Widerverklagten Kr. habe die Haushälterin

des Pfarrers gelagt, daß ihr Dienstherr sich geäußert, der jetzige Bürgermeister Kammere sei ja noch viel schlimmer, als sein Amtsvorgänger, denn er fürchte sich ja vor seinen Gemeindefürten. Auch habe die Haushälterin erklärt, daß sich der Pfarrer über den Besuch des Kirchenvorstands-Mitglieds Adam Holzamer sehr ungeschöffen geäußert, daß es besser sei, dieser bliebe mit seinem K u b r e d i c h u e n von den Sitzungen fort, denn er wisse mit seinem biden Koppe ja doch nichts. Die Beleidigung am Altar gibt der Pfarrer zu und erklärt sie damit, daß er erregt darüber gewesen sei, daß der damalige Kirchendiener einen neuen Teppich auf die nassen Altarstufen breitete. Diese Beleidigung wurde übrigens noch durch zwei Nachfragen bestätigt. Die übrigen Bemerkungen will der Pfarrer nicht getan haben. Die vernommene Haushälterin stellt diese Äußerungen bestimmt in Abrede. Der Kirchendiener gab an, als er in die Küche trat, gesehen zu haben, wie der Pfarrer mit der Haushälterin in Strümpfen aus dem anliegenden Schlafzimmer der Haushälterin gekommen sei. Ähnliche Wahrnehmungen sollen dem Kirchendiener auch von anderen Augenzeugen mitgeteilt worden sein. Die Haushälterin sowie die darüber vernommenen Zeugen bestreiten diese Angaben oder können sich, wie ein Bäckereimeister, auf nichts mehr erinnern. Schließlich kommt es in dieser dörfligen Angelegenheit zu einem Vergleich, den der Vertreter des Pfarrers, Herr von Brantano, deshalb warm befürwortet, weil es ihm unannehmlich sei, einen Pfarrer wenn auch nur mit einer geringen Geldstrafe belegt zu sehen. Der Vertreter des Kr., Herr Rechtsanwält Freund, der im übrigen seine Verteidigung sehr reserviert führte und nur als erwidierend für die Beleidigung des Pfarrers angab, daß sie bei Beginn des Gottesdienstes gehalten, mit seinem Munde auf einen schon vor der Verhandlung vom Gerichtsvorlegenden angebotenen Veraleich einzugehen, was dieser, wenn auch zögernd, schließlich tat. Beide Parteien nehmen mit Bebauern ihre Neugierigkeiten zurück und übernehmen die Kosten der durch sie beantragten Zeugen-Aussagen. Das Verfahren wird, da zugleich beide Klagen zurückgenommen werden, eingestellt.

**Attentat.** Gegen den Landtagsabgeordneten und Bürgermeister Schauer in Wels wurde von einem Tischlermeister, der in dem Uhrmacher einen Feind wählte, ein Bombenanschlag verübt. Schauer wurde schwer verwundet. Der Angreifer entleibte sich.

**Das teuerste Bild,** das wohl je in Deutschland angesetzt worden ist, dürfte ein Gemälde sein, das am Sonntagabend in Berlin um den Preis von 225,000 Mark in den Besitz des Berliner Kaufmannes James Simon übergegangen ist. Es ist ein Interieur mit zwei Figuren des Niederländers Van der Meer de Delft, das 1899 aus der Galerie Secretan in Paris nach London verkauft wurde und von dort jetzt nach Berlin gekommen ist. Die Gemäldeausstellung des Kaiser-Friedrich-Museums besitzt, wie ja vielen bekannt sein wird, zwei Schöpfungen

von Van der Meer de Delft, die „Dame mit dem Perlenhalsband“ und die berühmte „Weinprobe“. Es ist anzunehmen, daß das von James Simon angekaufte Gemälde schon in der allerhöchsten Zeit in der Ausstellung des Kaiser-Friedrich-Museumsvereins im Palais Roden zu sehen sein wird.

**Einem Giarbusch** bei seiner eigenen Familie verübt, wie der „Frankf. No.“ aus Triester berichtet wird, ein 40jähriger Sträfling in dem Eisenwerke Lutzerath, der erst vor kurzem eine längere Strafmüßigkeit wegen Mißhandlung des Vaters verbüßt hatte. Mit einem schweren Hammer bewaffnet, drang er in die Wohnung seiner Stiefmutter ein, verlegte der 18-jährigen Stiefschwester einen schweren Schlag auf den Kopf und zertrümmerte mit einem zweiten Hammer Schlag der Stiefmutter die Schädeldecke. Als dann erbroch er die Schenklade, rannte die klaglichen Erbsparnisse der armen, zu Tode getroffenen Frau, 300 Mk., und suchte das Weite. Es gelang, ihr alsbald dingfest zu machen.

**Menschenopfer auf einem Schiffe.** Auf dem Transport-schiff „Reade“, das mit 1000 Soldaten und Borräten nach Manila aufbrechen wollte, brach im Hafen von San Francisco Feuer aus. Offiziere und Soldaten lagen im Schlafe, als das Feuer im Schiffsraum entzünd. Als sie geweckt wurden, hatte das Feuer bereits das Schiff ergriffen. Die Feuerwehren eilten herbei und im Verleu mit den Soldaten wurden die Flammen bekämpft. Acht-hundert Pfiffer Ralkarteten in dem vom Feuer ergriffenen Schiffsraum. Zwei Männer von der Feuerwehr und der dritte Offizier der „Reade“ verloren ihr Leben, drei Feuerwehrlente und ein Soldat wurden vermisst. Eine große Anzahl Leute wurde schwer verwundet.

**Ein Löwe getötet.** In einer Menagerie in Urahy bei Corient führte der Tierhändler seine Rechte, ein Mädchen von elf Jahren (L), in den Löwenkäfig. Während das Mädchen sich vor dem Publikum verneigte, verlegte ein Bauer Luch die Gitterstäbe hindurch dem Löwen einen Schlag. Das Tier stürzte sich auf das Mädchen. Vor den Augen des Publikums erfaßte der Löwe das Kind mit den Zähnen. Zwei Zuschauer eilten in den Käfig und triffen, unterstützt von dem Händiger, dem Löwen seine Beute. Ein Arzt konstatierte am Körper des armen Mädchens 22 Wisse Unter fruchtbarsten Leben starb das Kind im Hospital.

Durch einen Zufall getötet wurde im Hafen von Durban der vierzehnjährige Sohn Erich des Magdeburger Schiffbauers Harnemann. Der junge Harnemann, welcher als Schiffsjunge auf einem Handelschiffe seine Ausbildung erhielt, ging in Begleitung eines Landmannes haben. Als sie etwa zehn Meter vom Lande abgeschwommen waren, wurde Harnemann von einem plötzlich auftauchenden Hai gefressen. Dem Gefährten des Unglücklichen gelang es zwar, dem Räuber sein Opfer zu entreißen, doch konnte er nicht hindern, daß das Ungetüm dem jungen Manne ein Bein und einen Arm abbiß. An Land gebracht, gab der furchtbar Ingeriffene seinen Geist auf.





